

Satzung der Stadt Kierspe über die Festsetzung und Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an außerunterrichtlichen Angeboten im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich (Elternbeitragsatzung OGS) vom 20.04.2016

Aufgrund der §§ 7 und 41 Abs. 1 f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW.S.666), des § 2 Abs. 1 Satz 1 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV.NRW.S. 712) und § 9 Abs. 3 Satz 4 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW) vom 15.02.2005 (GV.NRW.S.102) in Verbindung mit § 5 Abs. 2 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) vom 30.10.2007 (GV.NRW.S. 462) - in den bei Erlass dieser Satzung jeweils gültigen Fassungen - hat der Rat der Stadt Kierspe am 19.04.2016 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für die Inanspruchnahme von außerunterrichtlichen Angeboten im Rahmen der Offenen Ganztagschule (OGS) an den Grundschulen der Stadt Kierspe. Sie ist Grundlage für die Erhebung des Beitrags, den Eltern oder diesen rechtlich gleichgestellten Personen zu leisten haben, die ihr Kind für die Teilnahme an außerunterrichtlichen Angeboten an der Offenen Ganztagschule angemeldet haben.

§ 2 Offene Ganztagschule, Anmeldung, Teilnahme

- (1) Die Stadt Kierspe betreibt ihre beiden Grundschulen als „Offene Ganztagschulen“ nach dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23.12.2010, zuletzt geändert durch Runderlass vom 15.01.2015 (ABl. NRW. 1/11, berichtigt 2/11 S. 85).
- (2) Die OGS bietet zusätzlich zum planmäßigen Unterricht an allen Unterrichtstagen, an beweglichen Ferientagen und teilweise in den Ferien Angebote außerhalb der Unterrichtszeit. Die Angebotsstruktur und die Angebotszeiten ergeben sich aus den jeweiligen schulspezifischen Konzepten der einzelnen Schule und des jeweiligen Trägers.
- (3) Die Teilnahme an den Angeboten der OGS ist freiwillig; die Anmeldung für die OGS erfolgt direkt beim jeweiligen Träger und bindet für die Dauer eines Schuljahres (01.08 bis 31.07.)
- (4) Es werden nur Kinder aufgenommen, soweit freie Plätze vorhanden sind. Ein Rechtsanspruch zur Aufnahme besteht nicht. Über die Aufnahme entscheidet der Träger der OGS in Abstimmung mit der Schulleitung.

§ 3 Gegenstand, Fälligkeit und Erhebung

- (1) Für die Teilnahme an den außerunterrichtlichen Angeboten der OGS sind entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Beiträge zu entrichten, die von der Stadt Kierspe nach einer Einkommensprüfung festgesetzt und eingezogen werden.
- (2) Beitragszeitraum ist grundsätzlich das Schuljahr. Dieses beginnt am 01.08. und endet am 31.07. des folgenden Jahres (§ 7 Abs.1 Schulgesetz NRW). Die Beitragspflicht entsteht mit der Aufnahme des Kindes in der OGS. Ein Anspruch auf (teilweise)

Erstattung des Beitrags infolge von Nichtinanspruchnahme der Betreuung (z. B. bei Krankheit) besteht nicht. Der Beitrag ist monatlich jeweils zum 15. eines Monats zu entrichten. Nicht gezahlte Elternbeiträge können im Rahmen des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW begetrieben werden.

- (3) Abweichend von Abs. 2 beginnt der Beitragszeitraum mit dem 1. des Monats, in dem das Kind in die Offene Ganztagschule aufgenommen wird.
- (4) Abweichend von Abs. 2 endet der Beitragszeitraum mit Ablauf des Monats, in dem das Betreuungsverhältnis endet.
- (5)

§ 4 Beitragspflichtige

- (1) Beitragspflichtig sind Eltern oder diesen rechtlich gleichgestellte Personen. Lebt das Kind mit nur einem Elternteil zusammen, so tritt dieser an die Stelle der Eltern.
- (2) Wird bei Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII den Pflegeeltern ein Kinderfreibetrag nach § 32 Einkommenssteuergesetz gewährt oder Kindergeld gezahlt, treten diese an die Stelle der Eltern.
- (3) Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 5 Bemessungsgrundlage, Beitragshöhe

- (1) Die Beitragspflichtigen haben entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit monatlich öffentlich-rechtliche Beiträge zu entrichten. Die Höhe der Elternbeiträge ergibt sich aus § 9 dieser Satzung. Über die Höhe der zu zahlenden Beiträge erhalten die Zahlungspflichtigen einen Beitragsbescheid.
- (2) In dem Elternbeitrag sind keine Verpflegungskosten enthalten. Diese werden vom jeweiligen Träger der OGS separat erhoben.

§ 6 Einkommen

- (1) Einkommen im Sinne dieser Satzung ist die Summe der positiven Einkünfte der Beitragspflichtigen im Sinne des § 2 Abs. 1 und 2 des Einkommenssteuergesetzes. Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des zusammen veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig.
- (2) Als Einkommen gelten auch steuerfreie Einkünfte, Unterhaltsleistungen sowie die zur Deckung des Lebensunterhaltes bestimmten öffentlichen Leistungen für die Eltern und das Kind, für das der Beitrag gezahlt wird (z. B. nach SGB II / SGB XII).
- (3) Das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz und entsprechenden Vorschriften ist zum Einkommen nicht hinzuzurechnen. Das Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) ist erst ab dem in § 10 BEEG der jeweils gültigen Fassung benannten Betrag beim Einkommen zu berücksichtigen.
- (4) Bezieht ein Elternteil Einkünfte aus einem Beschäftigungsverhältnis oder aufgrund der Ausübung eines Mandats und steht ihm aufgrund dessen für den Fall des Ausscheidens eine lebenslängliche Versorgung oder an deren Stelle eine Abfindung zu oder ist er in der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuversichern, dann ist dem nach den Abs. 1 bis 3 ermittelten Einkommen ein Betrag von 10 % der Einkünfte aus diesem Beschäftigungsverhältnis oder aufgrund der Ausübung des Mandats hinzuzurechnen.

- (5) Für das dritte und jedes weitere Kind sind die nach § 32 Abs. 6 Einkommenssteuergesetz zu gewährenden Freibeträge von dem ermittelten Einkommen abzuziehen.
- (6) Maßgeblich für die Bemessung der Beitragshöhe ist das Jahreseinkommen des Kalenderjahres, das dem Schuljahr vorausgeht. Abweichend davon ist das Zwölfwache des Einkommens des letzten Monats zu Grunde zu legen, wenn es voraussichtlich auf Dauer höher oder niedriger ist als das Einkommen des vorangegangenen Kalenderjahres. Wird das Zwölfwache des Einkommens des letzten Monats zu Grunde gelegt, so sind auch Einkünfte hinzuzurechnen, die zwar nicht im letzten Monat bezogen wurden, aber im laufenden Jahr anfallen.
- (7) Änderungen des für die Festsetzung des Elternbeitrags notwendigen Einkommens sind unverzüglich anzugeben. Der Elternbeitrag ist ab dem Kalendermonat nach Eintritt der Änderung neu festzusetzen.

§ 7 Beitragsermäßigung

- (1) Wenn mehr als ein Kind einer Familie oder von Personen, für die nach § 4 Beitragspflicht besteht, gleichzeitig eine OGS an einer Kiersper Grundschule besuchen, ermäßigt sich der Betrag auf Antrag ab dem zweiten Kind um die Hälfte. Diese Ermäßigung gilt ab Antragstellung und nur für das jeweilige Schuljahr.
- (2) Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II, Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden für die Dauer des Leistungsbezugs ohne Prüfung der tatsächlichen Höhe in die erste Einkommensstufe eingruppiert. Der Nachweis ist zu erbringen.

§ 8 Einkommensnachweis, Auskunftspflichten

- (1) Die Beitragspflichtigen haben bei Aufnahme und danach auf Verlangen gegenüber der Stadt Kierspe anzugeben und nachzuweisen, welche Einkommensgruppe gemäß § 9 dieser Satzung ihren Elternbeiträgen zugrunde zu legen ist. Eine Ermittlung des Beitrags entfällt, wenn sich die Beitragspflichtigen der höchsten Einkommensstufe zuordnen.
- (2) Veränderungen in den wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnissen, die für die Bemessung des Beitrags maßgeblich sind, sind unverzüglich mitzuteilen.
- (3) Ohne Angabe zur Einkommenshöhe oder Vorlage eines Nachweises ist der Beitrag der höchsten Einkommensstufe zu zahlen.

§ 9 Beitragstabelle

	Einkommensgruppe	Beitragshöhe
bis zu	35.000 €	59 €
bis zu	65.000 €	85 €
über	65.000 €	109 €

§ 10 Kündigung und Ausschluss

- (1) Die Teilnahme an der OGS verlängert sich um ein weiteres Schuljahr, wenn das Betreuungsverhältnis nicht bis 28.02. des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.
- (2) Eine schriftliche Kündigung ist nicht erforderlich, wenn das Kind die Grundschule verlässt (z. B. Besuch einer weiterführenden Schule); die Stadt Kierspe ist hierüber zu informieren.
- (3) In besonders begründeten Ausnahmefällen ist eine Kündigung des Betreuungsverhältnisses vorzeitig möglich. Diese hat in Abstimmung mit dem jeweiligen Träger der OGS und der Stadt Kierspe zu erfolgen. Die Kündigung ist mit einer Frist von vier Wochen jeweils zum Ende eines Monats gegenüber der Stadt zu erklären.
- (4) Ein Kind kann von der Teilnahme an der OGS nach Abstimmung mit dem Träger der Maßnahme sowie der Schulleitung ausgeschlossen werden, insbesondere wenn
 1. das Verhalten des Kindes ein weiteres Verbleiben nicht zulässt
 2. das Kind das Angebot nicht regelmäßig wahrnimmt
 3. die Beitragspflichtigen ihrer Beitragspflicht nicht nachkommen
 4. die erforderliche Zusammenarbeit mit den Eltern oder diesen gleichgestellten Personen von diesen nicht mehr möglich gemacht wird
 5. die Angaben, die zur Aufnahme geführt haben, unrichtig waren oder sind.

§ 11 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.08.2016 in Kraft.

Aktuelle Satzung vom 20.04.2016, in Kraft ab 01.08.2016